

Der fulminante Anstieg des Goldpreises Richtung 4.000 Dollar

Ein klares Mißtrauensvotum

Der Goldpreis hat einen atemberaubenden Anstieg hingelegt: Mit über 3.900 Dollar pro Feinunze ist er in den vergangenen zwei Jahren um 115 Prozent gestiegen. In seinem Fahrwasser stieg auch der Silberpreis auf 48 Dollar pro Feinunze, das sind 125 Prozent mehr als 2023. Warum kommt es zu dieser Verteuerung der Edelmetalle? Eine Reihe von Erklärungsfaktoren drängt sich auf.

Da ist die immer weiter anschwellende Staatsverschuldung. Obwohl viele Staaten bereits hoffnungslos verschuldet sind, geben die Regierungen munter viel mehr Geld aus, als sie an Steuereinnahmen zur Verfügung haben. Die Lücke wird durch neue Kredite finanziert. Mittlerweile lassen sich die Schuldenlasten nur noch schultern, indem die Zentralbanken die Zinsen niedrig halten. Sparer und Investoren müssen mit negativen Realzinsen rechnen, also Zinsen, die nach Abzug der Geldentwertungsrates unter der Nulllinie liegen. Diese Aussicht macht das Halten von Gold und Silber als Wertspeicher attraktiv(er).

Zudem rücken viele nichtwestliche Zentralbanken vom Dollar als Reservewährung ab. Spätestens nachdem die US-Regierung unter Joe Biden und ihre westlichen Verbündeten im Frühjahr 2022 die russischen Währungsreserven von etwa 300 Milliarden Dollar eingefroren haben, ist vielen klargeworden, daß Australischer, Kanada- und US-Dollar, Euro, Pfund oder Franken nicht risikolos sind: Wer nicht nach der Pfeife aus Washington oder Brüssel tanzt, läuft Gefahr, seine Guthaben zu verlieren. Daher sind nichtwestliche Zentralbanken bestrebt, ihre Abhängigkeit von diesen Währungen abzubauen. Sie setzen jetzt verstärkt auf Gold, treiben die Nachfrage nach dem gelben Metall an. Und nicht zuletzt ist da die zunehmende

Sorge vor einer neuen Finanz- und Wirtschaftskrise, wie sie das Fiatgeldsystem, das weltweit System des ungedeckten Geldes, immer wieder hervorbringt. Geraten bedeutende Schuldner oder gar systemrelevante Banken ins Wanken, ist absehbar, daß die Zentralbanken die Zinsen senken und die Geldschleusen noch weiter öffnen, um Zahlungsausfälle und einen großen Crash abzuwehren. Erfahrungsgemäß erscheint nämlich in der Not der Stunde das Vermehren der Geldmenge das vergleichsweise kleinste Übel zu sein. Dadurch nimmt die Investorenachfrage nach Gold und Silber für Versicherungszwecke zu.

Der steigenden Goldnachfrage steht aber eine kaum wachsende Goldmenge weltweit gegenüber. In den vergangenen zehn Jahren nahm das Goldangebot aus den Goldminen nur um durchschnittlich ein Prozent pro Jahr zu. Zunehmende geologische Herausforderungen, steigende Produktionskosten und staatliche Reglementierungen deuten darauf hin, daß die Erzeugung von neuem Gold auch künftig immer weniger mit seiner wachsenden Nachfrage Schritt halten wird.

Noch knapper ist es um das Silberangebot bestellt: Der Minenausstoß hat in den vergangenen zehn Jahren um nicht mehr als durchschnittlich 0,5 Prozent pro Jahr zugelegt. Der Anstieg des Goldpreises ist ein Mißtrauensvotum: Die Zweifel an der Verlässlichkeit von Dollar, Euro & Co. wachsen. Anleger setzen beim Thema Wertaufbewahrung jetzt verstärkt auf Gold und Silber. Die Preislage der beiden Edelmetalle ist vermutlich noch lange nicht zu Ende.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirt und Herausgeber des „Boom & Bust Report“. www.boombustreport.com



von
Thorsten Polleit

„Investoren und Zentralbanken kaufen Edelmetalle nicht nur zur Absicherung auf.“

In Westdeutschland fehlen angeblich 1,2 Millionen Wohnungen

Die Lage spitzt sich zu

Von **Jörg Fischer**

Das Pestel-Institut ist immer für eine Schlagzeile gut: Im August verbreitete der *Spiegel* dessen Idee, das Pensionsalter um fünf Jahre zu erhöhen, denn ab dem 65. Lebensjahr hätten Beamte eine Lebenserwartung von weiteren 21,5 Jahren; bei Arbeitern seien es nur 15,9 Jahre. Viele von denen erreichten ihre „Rente nicht einmal, weil sie früher sterben“, so Institutsleiter Matthias Günther. Anlässlich der Münchner Immobilienmesse „Expo Real“ heißt es nun: In Westdeutschland fehlen 1,2 Millionen Wohnungen – und „die Lage spitzt sich zu“, warnte Günther. Und wer in Berlin, Hamburg, München oder auch Leipzig eine Bleibe sucht, wird dem zustimmen.

Selbst wer vierstellige Mieten zahlen kann, hat es schwer. Die Pestel-Forderung nach einer staatlichen Wohnungsbauförderung hört sich daher gut an. Aber wer soll das bezahlen, zusätzlich zu Aufrüstung, Energiewende und der maroden Infrastruktur? Zudem gab es voriges Jahr 43,8 Millionen Wohnungen in Deutschland – das waren 238.500 mehr als 2024 und 2,5 Millionen mehr als 2014. Das Ampel-Versprechen von 400.000 neuen Wohnungen wurde absehbar nicht erfüllt, aber die

grüne Behauptung: „Wir haben Platz!“ ist nicht ganz falsch: 2024 standen etwa 1,9 Millionen Wohnungen leer. Dummerweise nicht in den Metropolen und ihren Speckgürteln, sondern in ländlichen Regionen und Städten ohne attraktive Arbeitsstellen. Und über die Hauptursache der Wohnungsnot wird nicht ehrlich gesprochen: 6,5 Millionen Zuwanderer sind seit 2015 nach Deutschland gekommen – die Rückwanderer schon abgezogen. Dies macht nicht nur das Bürgergeld zum Migrantengeld, Real-schulen zu Brennpunktschulen und den ÖPNV zu Angstzonen. Dies treibt die Krankenkassen ins Defizit, und der „Familiennachzug“ läßt die Mieten klettern, denn das „Amt“, das für Unterkunft sorgen muß, zahlt auch Mondpreise – was nicht nur Immobilienbesitzer erfreut.

Mit den 14 Millionen Gastarbeitern, die zwischen 1955 bis 1973 in die Bundesrepublik kamen, läßt sich die heutige Situation nicht vergleichen: Elf Millionen kehrten in ihre Heimat zurück. Und sie erwirtschafteten oft mehr, als sie volkswirtschaftlich kosteten. Wie unter Kanzler Willy Brandt braucht es einen „Anwerbestopp“ – allerdings nicht für echte Fachkräfte, sondern für Aufstocker und Sozialleistungsbezieher.

Überfällige Deregulierung

Entbürokratisierung: Regierung verspricht Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung

DIRK MEYER

Mit einer „Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung“ von 80 Einzelmaßnahmen will die Bundesregierung die Bürokratiekosten bis 2029 um 16 Milliarden Euro reduzieren. Diese 25-Prozent-Zielmarke hatte der Nationale Normenkontrollrat (NKR) schon 2024 anlässlich des vierten Bürokratieentlastungsgesetzes gesetzt, das 72 Gesetze bzw. Verordnungen änderte und eine aufhob. Der NKR bemißt seit 2006 die Bürokratiekosten einer Gesetzesvorlage bezüglich der Informationspflichten. Seit 2011 wird auch der Erfüllungsaufwand ermittelt, der den „meßbaren Zeitaufwand und die Kosten, die durch die Befolgung einer bundesrechtlichen Vorschrift“ bei Bürgern, Wirtschaft und Verwaltung entstehen, erfaßt. Bei mehr als einer Million Euro werden die Regelungen nach drei bis fünf Jahren nochmals bewertet.

Seit 2023 führt der nun dem neuen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung angegliederte NKR auch einen „Digitalcheck“ durch. Zugleich hat sich die Bundesregierung verpflichtet, jedes Jahr ein Bürokratieentlastungsgesetz vorzulegen. Doch wie die subjektiv wahrgenommenen Bürokratielasten in Umfragen nahelegen und die erhobenen Kosten und Regulierungsdichte dies objektiv belegen, erscheinen diese wohlgemeinten Ansätze bislang als eher zahnlöse Tiger.

EU-Richtlinien verursachen 70 Prozent der Bürokratiekosten

So ist die Regulierungsdichte – gemessen an der Bundesgesetzgebung – seit 2010 von 1.133 Gesetzen mit etwa 24.775 Normseiten Text bis Ende 2024 auf 1.367 Gesetze mit zusammen 39.536 Normseiten angestiegen. Der Aufwuchs von 21 bzw. 60 Prozent innerhalb von 15 Jahren belegt zugleich die zunehmende Komplexität der neuen Gesetze. Einen besonders starken Anstieg verzeichnete das Wirtschaftsrecht (+104 Prozent) und das Finanz- und Steuerrecht (+83 Prozent). Auslöser war oft die EU mit ihren Richtlinien (Umwelt, Verbraucherschutz, Digitalisierung), auf die etwa 70 Prozent der Belastungen für die Wirtschaft entfallen.

Auf Datenbasis des Statistischen Bundesamtes, das 12.800 Informationspflichten der Wirtschaft auswertet, wurden die Bürokratiekosten für 2024 mit 65,8 Milliarden Euro angegeben. Ein Großteil davon entsteht durch Anforderungen bei der Rechnungslegung und der Besteuerung. Ein Teil dieser Informationen (Kostenrechnung, Buchführung) würde von den Firmen zwar auch ohne staatliche Vorgabe erhoben, allerdings kommt ein Erfüllungsaufwand hinzu, der alle mit der Umsetzung von Normen verbundenen Aufwendungen (Genehmigungen, Prüfungen) umfaßt. Der Aufwand



FOTO: PICTURE ALLIANCE / ZB

Behördenschreibtisch in Frankfurt: Bürokratiekosten sind auf 65,8 Milliarden Euro gestiegen

der öffentlichen Verwaltung und der Bürger sind in dieser Kostenschätzung noch nicht enthalten. Unberücksichtigt bleibt ferner sämtlicher Erfüllungsaufwand aus EU-Recht, der laut NKR für 50 Prozent dieser Kostenart verantwortlich sein soll.

Nicht quantifizierbar sind die Investitions- und Innovationshemmnisse als negativer Standortfaktor. Im Vergleich zu Schweden ist der hiesige Zeitaufwand für Steuererklärungen knapp doppelt so hoch und beträgt 218 statt 122 Stunden. Um Immobilieneigentum zu übertragen sind in Deutschland sechs Verwaltungsakte (53 Stunden), in Schweden lediglich ein Vorgang (sieben Stunden) notwendig.

Eine effektive Entbürokratisierung müßte sowohl die Gesetzgebung wie auch den Verwaltungsvollzug ins Auge fassen. Das Prinzip Einfachheit sollte bereits bei der Normsetzung Leitgedanke sein. Denn die Komplexität steigt mit der Vermeidung aller Härten oder Bevorteilungen durch Einzelfallregelungen. Gleichfalls sind überzogene Schutzansprüche (Daten-, Brand- und Denkmalschutz) die Ursache für einen bei Kosten-Nutzen-Abwägung unangemessenen Erfüllungsaufwand. Alibi-Gesetze, die die zugrundeliegenden Probleme nicht lösen (können), sind aufzuheben.

Ein drastisches Beispiel bietet das Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetz (LkSG) des letzten Merkel-Kabinetts, das Firmen verpflichtet nachzuweisen, daß in ihren globalen Lieferketten Sozial- und Umweltstandards beachtet wurden. Sodann kann ein gewünschtes Verhalten bürokratisch durch Gebote und Verbote aufwendig und dabei häufig nur diskriminierend vorgegeben werden. Wirkungsvoller, kostengünstiger und diskriminierungsfrei kann der Markt über Preise ein Knappheitsproblem lösen.

i Bürokratiemeldeportal und digitaler Führerschein

Im Februar überreichte der argentinische Präsident Javier Milei auf der Conservative Political Action Conference in Maryland Elon Musk eine „Kettensäge für die Bürokratie“. Ob dessen temporäres Regierungseffizienzministerium (DOGE) bis August tatsächlich 205 Milliarden Dollar eingespart hat oder ob die Kürzungen die Steuerzahler mit 135 Milliarden Dollar belasten, darüber wird in den USA heftig gestritten. Der CDU-Politiker Philipp Amthor, seit Mai Staatssekretär beim Bundesminister für Digitales und Staatsmodernisierung, will der deutschen Bürokratie „mit dem Bohrer für die Betonschicht,

mit Feinwerkzeugen für die notwendige Auseinandersetzung mit Details“ zu Leibe rücken. Die am 2. Oktober vorgestellte 40seitige „Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung“ soll immerhin 16 Milliarden Euro einsparen – durch einen digitalen Führer- und Fahrzeugschein, die Online-Kfz-Zulassung, den neuen Bau-Turbo, die Unternehmensgründung in 24 Stunden, ein „Bürokratiemeldeportal“ und weniger Verwaltungsbeamte beim Bund. (dm)

► bmds.bund.de/fileadmin/BMDS/Dokumente/Modernisierungsagenda_barrierefrei.pdf

So werden ab 2027 etwa drei Viertel der CO₂-Emissionen vom EU-Emissionshandelssystem (EU-EHS) erfaßt. Die Landwirtschaft ist davon aber ausgenommen.

Auch die Subventionierung der E-Mobilität verstößt gegen die „Einheitlichkeit der Preise“ – hier gegen den Preis für ein EU-börsengehandeltes Zertifikat von derzeit etwa 70 Euro pro Tonne CO₂. Bereits heute kostet die Einhaltung der Abgasnorm eines Benziners über das Vierfache des CO₂-Börsenpreises – Ressourcen werden verschwendet.

Bereits im Entwurfsstadium einem Praxischeck unterziehen

Nachweise und Prüfungen sollten künftig – ähnlich der Steuerverwaltung – nur stichprobenhaft durchgeführt werden. Die Künstliche Intelligenz (KI) kann hier Maßstäbe setzen. Verwaltungsprozesse werden zunehmend gerichtsfest durchgeführt. Dabei mangelt es den zumeist von Juristen geführten Behörden an einer angemessenen Verantwortungs- und Fehlerkultur. Bei unklarer Rechtslage sollte eine gute Entscheidungsbegründung hinreichend sein. Allerdings müßte hierbei auch die gerichtliche Überprüfung entsprechend mitspielen – was selbstverständlich nicht angeordnet werden kann. Bislang bieten lediglich 594 von 934 Kommunen die Option digitaler Bauanträge an. Standardmäßig sollten behördliche Dienstleistungen und Genehmigungen an einem Ort erhältlich sein (One-Stop-Shop).

Die strikte Trennung zwischen Gesetzgebung und Normenanwendung müßte im Sinne einer kooperativen Bürokratiegestaltung aufgehoben werden. Die Umsetzung von Vorschriften sollte bereits im Entwurfsstadium einem Praxischeck unterliegen. Eine Analyse konkreter Anwendungsfälle könnte in enger Zusammenarbeit mit betroffenen Behörden, Unternehmen und Fachleuten aus der Praxis helfen, um im vorhinein Durchsetzungsmängel aufzudecken. Das Wirtschaftsministerium hat 2023 für den Bereich Photovoltaik dieses innovative Instrument eingesetzt und dabei mehr als 50 bürokratische Hindernisse aufgedeckt. Schließlich braucht es eine Experimentierklausel, in deren Rahmen neue Ansätze getestet werden können. Damit wird deutlich, daß auch die neue Modernisierungsagenda einen langen Weg vor sich hat.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Vom 24. bis 25. Oktober 2025 hast Du die Möglichkeit, Dich beim **Jungautorenseminar der JF** in Berlin fundiert weiterzubilden.

Voraussetzungen: Du bist Schüler oder Student und mindestens 16 Jahre alt.

Achtung: Platz für maximal 12 Teilnehmer

Im Seminar erlebst Du als Referent Chefredakteur Dieter Stein, Medientrainer Frank Hauke, JF-Online-Chef Henning Hoffgaard und Social-Media-Leiter Vadim Derksen

Du triffst Gleichgesinnte aus ganz Deutschland

Du lernst das Handwerk eines modernen Journalisten kennen

Information und Anmeldung:

E-Mail: jungautoren@jungefreiheit.de
Telefon: 030/86 49 53 - 60

► jf.de/jungautorenseminar

Jungautoren Seminar

Schnell bis zum 20. Oktober anmelden!

